

Agrarwir

Was hat es mit der Flächenmobilität auf sich?

Stefan Mann, Forschungsanstalt Agroscope Reckenholz-Tänikon ART, CH-8356 Ettenhausen
Auskünfte: Mann Stefan, E-Mail: stefan.mann@art.admin.ch, Tel. +41 52 368 32 38

Zusammenfassung

Gerade von bäuerlicher Seite wird wiederholt eine Erhöhung der Flächenmobilität gefordert. In diesem Beitrag wird dargestellt, dass eine höhere Flächenmobilität nur bei schlechteren agrarpolitischen Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft realisiert werden kann. Dabei ist es für die Höhe der Flächenmobilität nicht entscheidend, ob sich dieser Prozess über einen Preisabbau oder eine Senkung der Direktzahlungen vollzieht. Möglich ist allerdings, die Erhöhung der Flächenmobilität dadurch zu erreichen, dass die Rahmenbedingungen nur für potenzielle Hofnachfolgende verschlechtert werden.

Während es in der agrarpolitischen Debatte üblicherweise mindestens ebenso viele Meinungen wie Mitwirkende gibt, herrscht zum Thema Flächenmobilität ein bemerkenswerter Konsens. Alle Beteiligten sprechen sich unisono für eine hohe Flächenmobilität aus. So lassen die Schweizerischen Milchproduzenten (2005) verlauten: «Zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit und der Wirtschaftlichkeit

der auf die Produktion ausgerichteten Betriebe ist die Flächenmobilität deutlich zu verbessern». Aus dem Kanton Nidwalden proklamiert Baumgartner (2005): «Im Hinblick auf die kommenden Herausforderungen ist eine Erhöhung der Flächenmobilität notwendig um den zukunftsfähigen Betrieben mehr Handlungsspielraum zu geben». Und der Schweizerische Bauernverband (2008) spricht davon, die «Pro-

blematik der ungenügenden Flächenmobilität [sei] in der Talzone besonders akzentuiert».

Mit anderen Worten: Die Branche und die Verwaltung weiss, dass die Flächenmobilität höher sein sollte, als sie derzeit ist. Dies deutet auf ein strukturelles Problem hin, dem seitens der Wissenschaft vielleicht in der Vergangenheit zu wenig Aufmerksamkeit zugekommen ist. Dieser Beitrag soll zu einem verbesserten Problemverständnis beitragen. Hierzu wird zunächst eine saubere Definition der Flächenmobilität angestrebt und geprüft, welche Vorteile eine Erhöhung der Flächenmobilität hätte. Dann wird aus der Literatur abgeleitet, welche Faktoren die Flächenmobilität beeinflussen. Diese Frage wird zunächst empirisch, dann theoretisch aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht beantwortet. Der Artikel schliesst mit agrarpolitischen Schlussfolgerungen.

Definition der Flächenmobilität

Flächen sind nicht im wörtlichen Sinne mobil. Was jedoch im übertragenden Sinne mobil sein kann, ist die Nutzungsweise der Flächen, die Bewirtschaftenden der Flächen oder auch Eigentümerin respektive Eigentümer der Flächen. Dies erlaubt also unterschiedliche sinnvolle Definitionen der Flächenmobilität. Doch interessiert in der agrarpolitischen Diskussion kaum, welche Flächen von der Gemüseproduktion zum Rebbau oder vom Ackerland zum Weideland

Abb. 1. Sarganserland: Eine typische kleinräumige Agrarstruktur.



tschaft

wechseln, sondern fast nur, in welchen Abständen die Bewirtschaftenden der Flächen wechseln. Im agrarpolitischen Diskurs gilt Flächenmobilität somit in erster Linie als Beschreibung für die Geschwindigkeit, mit der die Bewirtschaftenden landwirtschaftlicher Flächen wechseln.

Von Meier (2006) liegt eine sehr hilfreiche deskriptive Analyse zur Höhe der Flächenmobilität nach dieser Definition vor. Er stellt dar, dass jährlich knapp sechs Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche die Eigentümerin oder den Eigentümer, Bewirtschaftende oder beides wechseln. Geht man von einem Anteil jährlich aufgegebener Betriebe von knapp drei Prozent aus, kann man also davon ausgehen, dass knapp die Hälfte der transferierten Flächen im Zuge von Betriebsaufgaben weitergegeben werden, gut die Hälfte hingegen zwischen aktiven Betrieben transferiert werden. Zwei Drittel dieser Flächen wechseln nur die Bewirtschaftenden, ein Drittel auch die Eigentümerin oder den Eigentümer.

Gründe für und gegen Flächenmobilität

Aus wirtschaftstheoretischer Sicht kann nachvollzogen werden, dass eine hohe Flächenmobilität gefordert wird. Schon seit langem (Mises 1930) soll ein freier Bodenmarkt nach der Logik der Gewinnmaximierung dazu führen, dass die Flächen von der besten Wirtin oder dem besten Wirt bewirtschaftet werden (Fleischhauer 1999; Koester 2003). In einer dynamischen

Volkswirtschaft jedoch ist wahrscheinlich, dass sich die Vorzüglichkeit häufiger ändert, sodass nur bei regelmässigem Austausch gewährleistet ist, dass tatsächlich die oder der Beste auf den Flächen wirtschaftet. Darüber hinaus wurde gerade für die Schweizer Landwirtschaft wiederholt gezeigt, dass grössere Betriebe aus der Perspektive der Produktivität die Flächen meist besser bewirtschaften als Kleinbetriebe (Lips 2006; Mann 2007; Rossier und Wyss 2007). Dies würde bedeuten, dass eine hohe Flächenmobilität hin zur besten Wirtin oder dem besten Wirt verknüpft wäre mit der Aufgabe zahlreicher kleiner Betriebe und dem forcierten Wachstum einiger Grossbetriebe.

Eine derart verstandene Flächenmobilität hätte also das Potenzial einer Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion. Doch während man die klare Schlussfolgerung ziehen kann, dass eine höhere Flächenmobilität ökonomisch effizient wäre, bleibt die Frage offen, welche sozialen und ökologischen Konsequenzen sie hätte. Erstens muss gefragt werden, was die Leitenden kleiner Betriebe tun, wenn sie durch ihre Arbeit keinen ausreichenden Unterhalt mehr erzielen können und ihr Ausscheiden so nicht mehr im Zug des Generationenwechsels erfolgen kann. Zweitens gibt es mittlerweile eine beachtliche Sammlung an Literatur, die negative soziale Externalitäten eines Wandels hin zu Agrar-Grossbetrieben konstatiert (Goldschmidt 1946; Honeyman

1996; Keeney und Lemp 2003; Mann 2004), und drittens gibt es auch Anzeichen für schädliche ökologische Auswirkungen der Verschiebung hin zu Grossbetrieben (Mann 2005). Wenn ein forciertes Strukturwandel im Verdacht steht, ökologische Degradierung, Abwanderung, Armut und Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum zu verstärken, dann muss geprüft werden, ob solche Effekte durch ausreichend gesunde Strukturen im ländlichen Raum abgefedert werden können.

Empirische Einflussfaktoren der Flächenmobilität

Die Beobachtungen im Umfeld der Flächenmobilität beziehen sich selten auf den Handel von Flächen zwischen wirtschaftenden Betrieben, sondern fast immer auf die Aufgabe landwirtschaftlicher Betriebe und damit, wie oben gezeigt, auf nur eine Hälfte der Flächenmobilität. Die andere Hälfte der Flächenmobilität besteht zum Teil im Flächentausch zwischen Betrieben, zum Teil in Verschiebungen innerhalb der Grössenstruktur. Bislang gibt es jedoch keine Anzeichen dafür, dass diese Verschiebungen entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors sind, sodass es gute Gründe gibt, sich auf die Flächenbewegungen im Zuge von Betriebsaufgaben zu konzentrieren.

Alle Studien zu den Einflussfaktoren des Strukturwandels belegen, dass alle staatlichen Eingriffe zugunsten der Landwirtschaft den Strukturwandel

bremsen (Hofreither und Weiss 1993; Schmitt und Andermann 1996a,b; Baur 1999; Hofer 2002; Mann 2003; Weiss 2007). Dies bezieht sich sowohl auf Preisstützungen als auch auf Direktzahlungen. Unter unvorteilhaften Bedingungen wird der Betrieb eher aufgegeben als bei grosszügigen Hilfeleistungen des Staates. Ein Vergleich mit einem anderen Sektor (Mann und Mante 2004) ergab dabei, dass für Landwirte die Signalwirkung einfacher Indikatoren (wie z.B. Agrarpreise) bei der Entscheidung über die Betriebsaufgabe vergleichsweise wichtig sind, das tatsächliche Einkommen hingegen vergleichsweise unwichtig ist.

Angesichts der laufenden Ablösung von Marktstützungsmassnahmen durch Direktzahlungen in der Schweizer Agrarpolitik drängt sich natürlich der Vergleich zwischen der strukturkonservierenden Wirkung von Direktzahlungen und der Preisstützung auf. Diese Frage kann jedoch kaum objektiv beantwortet werden, da nicht klar ist, womit die Wirkung von einem Franken Direktzahlungen verglichen werden kann. Es wäre irreführend, ihn mit einem Franken staatlicher Ausgaben für die Preisstützung zu vergleichen (da die Preisstützung die Konsumenten ungleich stärker tangiert als Direktzahlungen) und absurd, ihn mit einem Indexpunkt der Preisindizes zu vergleichen. Bestenfalls kann die Güte der geschätzten Koeffizienten (durch Vergleich mit der Standardabweichung und damit der Höhe des t-Wertes) verglichen werden. Der Vergleich der t-Werte erlaubt zumindest eine Aussage über die Eindeutigkeit der Auswirkung.

Ohnehin gibt es nur eine Studie zum Strukturwandel, die sowohl Direktzahlungen als auch Preisstützung als unabhängige Variable verwendet und diesen Effekt

quantifiziert. Rösti (1997) erklärt die prozentuale Veränderung der Betriebszahl in 396 Berner Gemeinden mit insgesamt sechs unabhängigen Variablen. Dabei erlangt die Preisveränderung einen t-Wert von 1,68, der Betriebsbeitrag von 5,56 und der Flächenbeitrag von 1,92. Während naheliegender ist, dass ein Betriebsbeitrag einen starken Anreiz zur Aufrechterhaltung eines landwirtschaftlichen Betriebes darstellt, zeigen diese Ergebnisse auch, dass zwischen der Wirkung flächengebundener Direktzahlungen und Preisstützungen keine grossen Unterschiede liegen.

Erklärung des Einflusses auf die Flächenmobilität

In einer ausführlichen Literaturübersicht analysieren Latruffe und Le Mouél (2006) den Einfluss von Direktzahlungen und anderen Stützungsmassnahmen auf den Bodenmarkt, wobei der Schwerpunkt auf der theoretischen Seite gelegt wird. Die Autoren zeigen zwar im Detail auf, wie Stützungsmassnahmen den Bodenpreis in die Höhe treiben. Durch einfache, neoklassische Analyse ist ihnen jedoch nicht möglich zu zeigen, dass bei einer hohen Stützung weniger Flächen gehandelt werden, die Flächenmobilität also geringer ist. Ein hoher Flächenbeitrag etwa erhöht die Rentabilität der Flächenbewirtschaftung für alle Beteiligten und schafft damit keine zusätzlichen (positive oder negative) Anreize, die Flächen auszutauschen.

Ein Ausweg aus diesem Erklärungsnotstand bietet nur der Einbezug des Berufswahlprozesses potenzieller Hofnachfolgenden in die Analyse. Hierfür sollen an dieser Stelle Anleihen von einem Modell zur Berufswahl genommen werden, das durch Rosen (1986) entwickelt wurde. Dabei wird angenommen, dass zwischen zwei Berufsmöglichkeiten eine Nutzenabwägung zu treffen ist.

$$u_{ia} = w_{ia} + n_{ia} \quad (1)$$

$$u_{ib} = w_{ib} + n_{ib} \quad (2)$$

Der landwirtschaftliche Beruf a (gleichgesetzt mit der Betriebsübernahme) und der nichtlandwirtschaftliche Beruf b haben jeweils zwei Nutzenkomponenten, eine monetäre (w) in Form des erzielten Einkommens und eine nichtmonetäre (n), wie etwa für die Landwirtschaft durch Bahner (1995) beschrieben. Es ist plausibel anzunehmen, dass sich das Problem der Entscheidung zwischen landwirtschaftlichem und nichtlandwirtschaftlichem Beruf nur für eine begrenzte Personengruppe M stellt, die hier die Kinder von Bauernfamilien sein soll.

Die entscheidenden Faktoren sind nun die Nutzendifferenzen zwischen den Entscheidungen in monetärer wie in nichtmonetärer Hinsicht, also

$$\Delta w_{ie} = w_{iae} - w_{ibe} \quad (3)$$

$$\text{und } \Delta n_{ie} = n_{iae} - n_{ibe}, \quad (4)$$

sodass sich die folgende gesamte Nutzendifferenz ergibt:

$$\Delta u_{ie} = \Delta w_{ie} + \Delta n_{ie} \quad (5)$$

Schulabgängerinnen und -gänger werden sich nur für einen Einstieg in die Landwirtschaft (D=1) entscheiden, wenn dies ihren erwarteten Nutzen maximiert. Anderenfalls wählen sie die nichtlandwirtschaftliche Beschäftigung D=0. Bei gegebener Grösse von M und bei der Annahme eines normalverteilten Nutzendifferenti-

als ergibt sich der Anteil von M, der mit D=1 eine landwirtschaftliche Laufbahn wählt, als

$$M_1^s = \int_0^{\infty} g(\Delta u_{ie}) du = 1 - G(0) \quad (6)$$

Der Teil, der sich gegen die Hofübernahme entscheidet, für den also $\Delta u_{ie} < 0$, ist

$$M_0^s = \int_{-\infty}^0 g(\Delta u_{ie}) du = G(0) \quad (7)$$

Dieses Ergebnis wird durch Abbildung 2 illustriert. Gleichung (6), welche die Entscheidungen für die Hofübernahme darstellt, findet sich auf der rechten Seite wieder, Gleichung (7) auf der linken. Der Anteil s von M, der sich in der Landwirtschaft engagiert, ergibt sich schliesslich durch

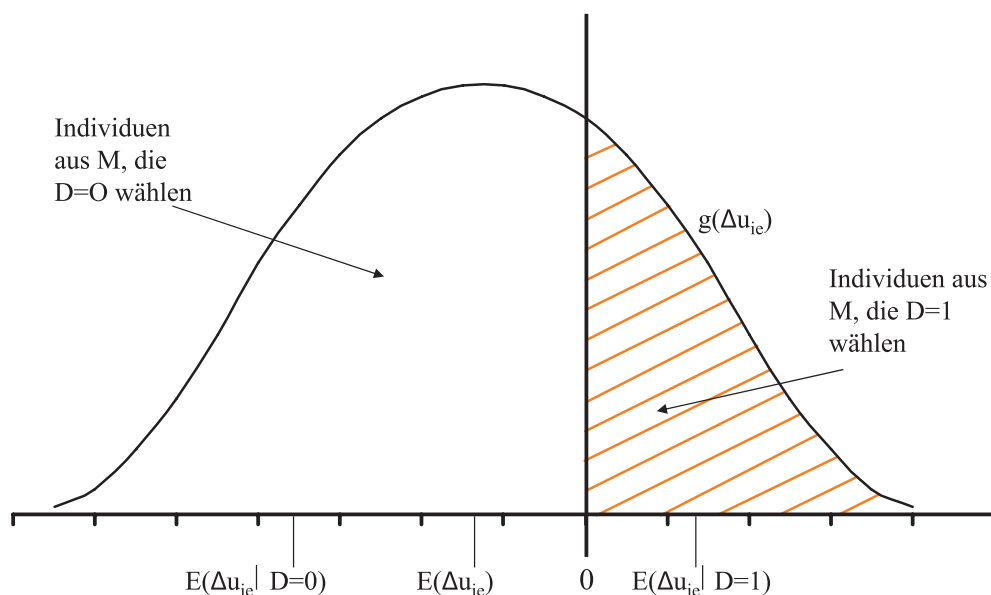
$$s = M_1^s / M \quad (8)$$

Um nun vom Berufswahl-Prozess klare Schlussfolgerungen für die Flächenmobilität abzuleiten, hilft die Annahme, dass jede Neueinsteigerin beziehungsweise jeder Neueinsteigende für eine fixe Periode von t Jahren bis zum Ruhestand den Betrieb bewirtschaftet. Auf diese Weise kann die Anzahl der Betriebe in einer Region als

$$F = \sum_{j=1}^t (s_j * M_j) \quad (9)$$

hergeleitet werden, wobei j=1 das vergangene Jahr, j=t das Jahr des Ruhestands und damit Ausstiegs beschreibt. Die Rate des Strukturwandels in der Landwirtschaft wird durch den Wechsel in der Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe $\Delta F/F$ beschrieben. Diese ergibt sich durch

$$\Delta F/F = (s_0 * M_0 - s_t * M_t) / \sum_{j=1}^t s_j * M_j \quad (10)$$



wobei j=0 das laufende Jahr beschreibt.

Neben M, der Anzahl potenzieller Hofnachfolgenden, bezeichnet dies mit s einen zentralen Einflussfaktor der Flächenmobilität: Den Anteil potenzieller Hofnachfolgenden, der sich tatsächlich für die Übernahme des Betriebs entscheidet. Daher lohnt sich eine Spezifikation von Gleichung (10) durch Einsetzen der Gleichungen (8) und (6).

$$\Delta F/F = \left(\int_0^{\infty} g(\Delta u_{ie0}) du / \int_0^{\infty} g(\Delta u_{iet}) du \right) / \sum_{j=1}^t s_j * M_j \quad (11)$$

Abbildung 3 beschreibt nun die Rate des Strukturwandels als eine Funktion des erwarteten Nutzendifferenzials $E(\Delta u_{ie})$ im Jahr j=0. Die minimale Flächenmobilität ist dabei am Punkt A gegeben, am Punkt also, an dem jeder Betrieb übernommen wird, aber kein Betrieb aufgeteilt werden muss. Für die Situation in der Schweizer Landwirtschaft ist dagegen Punkt B relevanter. An diesem Punkt werden nicht mehr alle Betriebe übernommen, sodass gewisse Flächen für andere Bewirtschaftende zur Verfügung stehen. Allerdings bewirken landwirtschaftsfreundliche Massnahmen wie eine Erhöhung der Direktzahlungen oder Preisstützungen unmittelbar eine

Verschiebung des Nutzenkalküls und damit eine Verschiebung auf Punkt B'. Andererseits wird die Flächenmobilität auch dann erhöht, wenn zahlreiche neue Betriebe gegründet, beziehungsweise Betriebe geteilt werden, da innerhalb der Landwirtschaft mehr Geld erwirtschaftet wird als ausserhalb der Landwirtschaft. In diesem Fall, der für bestimmte Entwicklungsländer oder das Mittelalter typisch ist, wird Punkt C erreicht, und die Durchschnittsgrösse der Betriebe nimmt ab. Dies ist jedoch nicht das, was in der aktuellen Schweizer Situation mit Flächenmobilität gemeint ist.

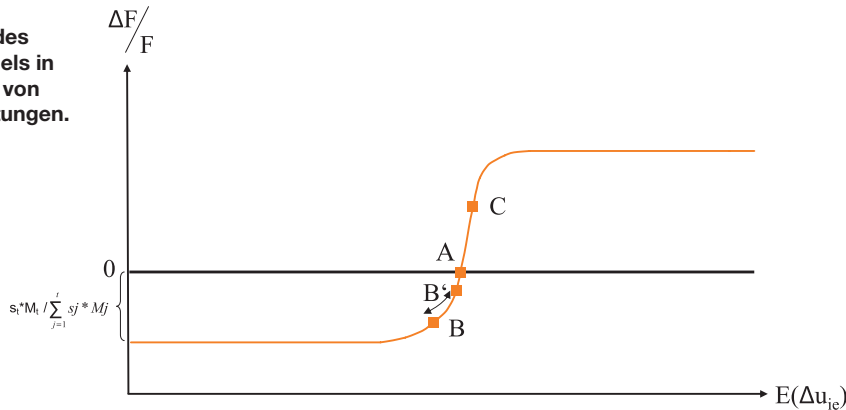
Die Flächenmobilität ist somit abhängig von dem erwarteten Nutzen von der Landwirtschaft im Vergleich zum erwarteten Nutzen von anderen Beschäftigungen. Hier bestätigt sich die empirische Erkenntnis, dass für die Flächenmobilität nicht entscheidend ist, ob der Nutzen der landwirtschaftlichen Tätigkeit über Direktzahlungen oder Massnahmen der Preisstützung stimuliert wird. Entscheidend ist, dass die (erwartete) Attraktivität der Landwirtschaft negativ mit der Flächenmobilität korreliert.

Am Scheideweg der sozialen Gerechtigkeit

Eine Erhöhung der Flächenmobilität im gewünschten Sinne ist

Abb. 2. Verteilung von Hofübernahme-Entscheidungen.

Abb. 3. Rate des Strukturwandels in Abhängigkeit von Nutzenerwartungen.



dann möglich, wenn der erwartete Nutzen von Neueinsteigenden in die Branche sinkt. Dies bedeutet, dass zwei unterschiedliche agrarpolitische Wege eingeschlagen werden können, die zu einer höheren Flächenmobilität führen.

Ein Weg ist, die Bedingungen für alle Landwirtinnen und Landwirte gleichermassen zu verschlechtern, sei es sukzessive, sei es in einem grossen Schritt. Es spielt keine bedeutende Rolle, ob dies über einen Abbau des Aussenschutzes oder über eine Kürzung

Abb.4. Nur grossräumige Agrarstrukturen können die Kostennachteile der Schweizer Landwirtschaft überwinden.

Agrarlandschaft bei Echallens



Agrarlandschaft bei Fregiécourt (Jura)



Quelle: SWISSIMAGE@Swisstopo

Reproduziert mit Bewilligung von Swisstopo (BA081529)

der Direktzahlungen geschieht. Entscheidend ist, dass ausreichend viele Betriebe aufgeben und so zusätzliche Flächen auf den Bodenmarkt gelangen.

Eine Alternative wäre, nur für Neueinsteigende unvorteilhafte Bedingungen für eine Hofübernahme zu schaffen. Würde man Allgemeine Direktzahlungen nur Jenen gewähren, die zu einem in der Vergangenheit liegenden Stichtag bereits Betriebsleitende waren, die Direktzahlungen jedoch nach wie vor nur bis zum 65. Lebensjahr zahlen, würden viele potenzielle Hofnachfolger wahrscheinlich einen anderen Berufsweg einschlagen und die Flächenmobilität auf diese Weise durch das Freiwerden der Flächen nicht übernommener Betriebe erhöhen. Dies wäre sicherlich der sozialverträglichere Weg zur Erhöhung der Flächenmobilität, wirft allerdings Fragen der Generationengerechtigkeit auf.

Klar ist eines: Ohne Einschnitte in die derzeitige agrarpolitische Landschaft ist eine Erhöhung der Flächenmobilität nicht machbar. Gerade Interessenvertreterinnen und -vertreter täten deswegen gut daran, sich bei ihrem Ruf nach Flächenmobilität in Mässigung zu üben.

Literatur

- Bahner T., 1995. Landwirtschaftliche Betriebsgestaltung nach persönlichen Zielen. *Agrarwirtschaft* 44 (10), 343-350.
- Baumgartner J., 2005. Stellungnahme des Kantons zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik 2011. Brief vom 18.11.2005.
- Baur P.T., 1999. Agrarstrukturwandel in der Schweiz. Zürich.
- Fleischhauer M., 1999. Bodenpreisentwicklung und Nutzungswandel in der City: Das Beispiel Dortmund. Dortmund: Institut für Raumplanung.

- Goldschmidt W., 1946. Small business and the community. Washington: GPO.
- Hofer F., 2002. Strukturwirkung von Direktzahlungen. Zürich
- Hofreither M. & Weiss C., 1993. Joining the EC – the Relevance of Macrolinkages in Austrian Agriculture. In: EC Agricultural Policy by the End of the Century (Ed. F. Brito Soares, F. G. da Silva, J.M. Espada). Kiel.
- Honeyman M.S., 1996. Sustainability issues of U.S. swine production. *Journal of Animal Science* **74** (6), 1410-1417.
- Keeney D. & Kemp L., 2003. A New Agricultural Policy for the United States. Minneapolis: IATP.
- Koester U., 2003. Entwicklung der landwirtschaftlichen Marktlehre seit der Hanau-Ära. In: FAA (Ed. Arthur Hanau). Bonn.
- Latruffe L. & Le Mouél C., 2006. How and to what extent support to agriculture affect farmland markets and prices: A literature review. Paris: OECD.
- Lips M., 2006. Einfluss der Standardarbeitskraft auf das Arbeitseinkommen. *Agrarforschung* **13** (7), 290-295.
- Mann S., 2003. Bestimmungsgründe der agrarstrukturellen Entwicklung. *Agrarforschung* **10** (1), 32-36.
- Mann S., 2004. Die Entsedelung ländlicher Räume und das Agrarsystem. Berliner Debatte INITIAL **15** (2), 46-55.
- Mann S., 2005. Farm Size Growth and Participation in Agri-environmental schemes: a Configurational Frequency Analysis of the Swiss Case. *Journal of Agricultural Economics* **54** (3), 373-384.
- Mann S., 2007. Zur Produktivität der Nebenerwerbslandwirtschaft in der Schweiz. *Agrarforschung* **14** (8), 344-349.
- Mann S. & Mante J., 2004. Von Bauern und Fleischern – ein Vergleich der Ausstiegsmuster in schrumpfenden Sektoren. *Berichte über Landwirtschaft* **82** (2), 301-310.
- Meier B., 2006. Boden- und Pachtrecht zwischen Strukturerehalt und Wettbewerb. In: Der befreite Bauer (Ed. H. Rentsch). Zürich: NZZ Verlag.
- Mises L., 1930. Verstaatlichung des Kredits? *Journal of Economics* **1** (3), 430-439.
- Röstli A., 1997. Auswirkungen der Agrarpolitik 2002 auf die Schweizer Landwirtschaft. Zürich.
- Rosen S., 1986. The theory of equalizing differences. In: Handbook of Labor Economics (Ed. O. Ashenfelter, R. Layard). Vol. I. Elsevier: Amsterdam.
- Rossier R. & Wyss B., 2007. Erwerbskombination – kein Hindernis für die Hofnachfolge. *Agrarforschung* **14** (3), 108-113.
- Schmitt G. & Andermann G., 1996a. Bestimmungsgründe der «sozialökonomischen» Strukturpassung der Landwirtschaft in der BR Deutschland. *Agrarwirtschaft* **45** (2), 102-111.
- Schmitt G. & Andermann G., 1996b. Agrarpreise und betrieblicher Strukturwandel in der Landwirtschaft. *Agrarwirtschaft* **45** (8/9), 323-333.
- Schweizerische Milchproduzenten, 2005. Agrarpolitik 2011 – Evaluation und Vorschläge SMP.
- Schweizerischer Bauernverband, 2008. Agrarpolitik 2011 – Anhörung zum 2. Verordnungspaket. Brugg.
- Weiss F., 2007. Modellierung landwirtschaftlichen Strukturwandels in Österreich: Vergleich einer Modellprognose mit den Ergebnissen der Strukturhebung (1999-2005). Diskussionspapier 33-2007. Wien: Institut für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung.

RÉSUMÉ

Qu'en est-il de la mobilité des surfaces?

C'est précisément le milieu agricole qui revendique régulièrement une augmentation de la mobilité des surfaces. Or, la présente étude démontre que le milieu agricole ne peut y parvenir qu'au prix d'une détérioration des conditions-cadre de politique agricole. A ce titre, le résultat est le même, que le niveau de mobilité des surfaces soit atteint par un processus de démantèlement des prix ou par une réduction des paiements directs. Il est toutefois possible d'obtenir une mobilité des surfaces plus élevée en faisant en sorte que les conditions-cadre ne se dégradent que pour les éventuels successeurs sur l'exploitation.

SUMMARY

What is land mobility all about?

Particularly farming groups often demand increased land mobility. This paper shows that increased land mobility can only be achieved under deteriorating agricultural policy conditions. As for the extent of land mobility, it is unimportant whether this process takes place via price reductions or decreased direct payments. It is possible, however, to increase land mobility via deteriorating policy conditions for potential farm successors only.

Key words: farm succession, occupational choice, agricultural policy, Switzerland